

Prüfung der Verordnung eines Alkoholverbots

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bürgermeister Dr. Michael Ludwig zu ersuchen, die Verordnung eines Alkoholverbots für den öffentlichen Raum im Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

In Wien wurden in den vergangenen Jahren bereits zwei Alkoholverbotzonen im öffentlichen Raum eingerichtet, nämlich rund um den Praterstern im Jahr 2018 sowie rund um den Franz-Jonas-Platz im Jahr 2025. Nach Angaben der Stadt Wien und der Polizei haben diese Regelungen dazu beigetragen, problematische Situationen im öffentlichen Raum zu entschärfen und das Sicherheits- und Ordnungsempfinden für Anrainerinnen und Anrainer sowie für Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Raums zu verbessern. Auch im Umfeld der U-Bahn Station Gumpendorfer Straße, insbesondere im Bereich der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer, wird von Anrainerinnen und Anrainern der Wunsch nach einer vergleichbaren Regelung geäußert. Zudem wird ein solcher Schritt auch von der Polizei als mögliche Unterstützung zur Stabilisierung der Situation vor Ort gesehen.

Eine entsprechende Prüfung durch den Bürgermeister der Stadt Wien soll klären, ob die Verordnung einer Alkoholverbotzone in diesem Bereich sinnvoll und rechtlich möglich ist. Dabei sollte auch eine umfassende Analyse der aktuellen Situation erfolgen sowie der räumliche Umfang einer möglichen Zone sorgfältig festgelegt werden. Ziel ist es, gemeinsam mit bestehenden sozialen Angeboten und ordnungspolitischen Instrumenten zu einer spürbaren Entlastung des Grätzels beizutragen.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von den Neos und der FPÖ mitunterstützt und mehrheitlich angenommen (SPÖ, ÖVP, Neos und FPÖ dafür / Grüne und KPÖ dagegen)

Sicherheitsdienst Wiener Linien

U6 Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein permanenter Sicherheitsdienst in der U6-Station Gumpendorfer Straße eingerichtet wird.

Begründung

Laut einer Anfragebeantwortung an die ÖVP Mariahilf vom Dezember 2023 waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im ersten Halbjahr 2023 zwischen 10 und 50 Stunden pro Monat in der U-Bahn Station Gumpendorfer Straße im Einsatz. Angesichts der Bedeutung der Station im unmittelbaren Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie der wiederholt geschilderten Probleme im öffentlichen Raum erscheinen diese Einsatzzeiten aus Sicht vieler Nutzerinnen und Nutzer sowie Anrainerinnen und Anrainer als unzureichend.

Auch aus dem schulischen Umfeld wurden Sicherheitsbedenken geäußert. In einem offenen Brief der nahegelegenen AHS Flora Fries an Bürgermeister Dr. Michael Ludwig wurde darauf hingewiesen, dass Schülerinnen und Schüler teilweise Angst haben, die U-Bahn Station allein zu betreten. Vor dem Hintergrund der Ankündigung des Bürgermeisters, die Zahl der Sicherheitsdienstmitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Wiener Linien in dieser Legislaturperiode deutlich zu erhöhen, könnte ein permanenter Sicherheitsdienst zumindest an Werktagen dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl von Anrainerinnen und Anrainern sowie Fahrgästen spürbar zu verbessern.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von den Grünen sowie der FPÖ mitunterstützt und mit einer Gegenstimme angenommen

Treffen mit den Fraktionen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker, zu ersuchen, zu einem gemeinsamen Gespräch mit den Fraktionen der Bezirksvertretung Mariahilf einzuladen, um die aktuelle Situation rund um die Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie mögliche Maßnahmen zur Entlastung des Grätzels zu erörtern.

Begründung

Die Situation im Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer beschäftigt Anrainerinnen und Anrainer sowie die Bezirksvertretung Mariahilf seit vielen Jahren. Neben den wichtigen Angeboten der Suchthilfe kommt es im öffentlichen Raum immer wieder zu Herausforderungen, die sich auf das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität im Grätzels auswirken. Vor diesem Hintergrund besteht bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern ein großes Interesse an einer transparenten Darstellung der aktuellen Situation sowie der geplanten Maßnahmen der Stadt Wien.

Ein gemeinsames Gespräch zwischen dem zuständigen Stadtrat und den Fraktionen der Bezirksvertretung könnte dazu beitragen, offene Fragen zu klären, aktuelle Entwicklungen zu erläutern und mögliche weitere Schritte zur Entlastung des Grätzels zu diskutieren. Gleichzeitig würde ein solcher Austausch die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bezirk stärken und den Fraktionen die Möglichkeit geben, Anliegen aus dem Bezirk direkt einzubringen.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig angenommen

Vor-Ort-Termin Jedmayer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker, zu ersuchen, einen Vor-Ort-Termin im Jedmayer Grätzel wahrzunehmen, um sich ein Bild von der aktuellen Situation zu machen und im direkten Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern über mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu sprechen.

Begründung

Die Situation im Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie in den angrenzenden öffentlichen Räumen beschäftigt Anrainerinnen und Anrainer sowie die Bezirksvertretung Mariahilf seit längerer Zeit. Immer wieder wird über Herausforderungen im öffentlichen Raum berichtet, die sich auf das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität im Grätzel auswirken. Ein persönlicher Lokalausgang des zuständigen Stadtrats könnte dazu beitragen, die Situation vor Ort unmittelbar wahrzunehmen und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern über mögliche Verbesserungen sowie geplante Maßnahmen zu diskutieren.

Auch Bürgermeister Dr. Michael Ludwig hat sich im Jänner 2025 bei einem Besuch im Fritz-Imhoff-Park ein Bild von der Situation vor Ort gemacht. Ein entsprechender Besuch des zuständigen Stadtrats würde daher ein wichtiges Signal darstellen, dass die Anliegen der Anrainerinnen und Anrainer ernst genommen werden und weiterhin an konkreten Lösungen für das Jedmayer Grätzel gearbeitet wird.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig angenommen

57A Anzeigetafeln

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass im Zuge der neuen Streckenführung der Buslinie 57A bei allen Haltestellen elektronische Anzeigetafeln für die Fahrgastinformation installiert werden.

Begründung

Die Buslinie 57A stellt eine wichtige öffentliche Verkehrsverbindung für den Bezirk Mariahilf dar und wird von zahlreichen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie von Besucherinnen und Besuchern des Bezirks genutzt. Elektronische Anzeigetafeln mit Echtzeitinformationen über Abfahrtszeiten leisten einen wichtigen Beitrag zur Orientierung und erhöhen die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu prüfen, inwieweit an allen Haltestellen der Linie 57A im Bezirk Mariahilf eine entsprechende Fahrgastinformation eingerichtet werden kann.

Marcel Flitter

Antrag wurde von allen Parteien mitunterstützt und einstimmig angenommen

Öffi Querverbindungen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, sich im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, eine Öffi-Querverbindung im Bereich Stumpergasse/Webgasse zu prüfen.

Begründung

Mariahilf ist insgesamt sehr gut an den öffentlichen Verkehr angebunden. An den Bezirksrändern erschließen mehrere U Bahn Linien das Gebiet, zusätzlich verläuft mit der Buslinie 57A eine wichtige Verbindung durch den Bezirk. Die Wiener Linien planen derzeit eine Verlängerung der Linie 57A bis zum Karlsplatz, wodurch die Anbindung an zentrale Verkehrsknotenpunkte weiter verbessert werden soll.

Innerhalb des Bezirks besteht jedoch ein kleinräumiges Verbindungsdefizit: Zwischen der Gumpendorfer Straße und der Mariahilfer Straße gibt es im Bereich Stumpergasse und Webgasse derzeit keine direkte öffentliche Verkehrsverbindung. Aufgrund des teilweise steilen Straßenverlaufs stellt dieser Abschnitt für viele Bewohnerinnen und Bewohner eine zusätzliche Herausforderung dar. Aus der Bevölkerung wurde daher wiederholt der Wunsch nach einer besseren Querverbindung im öffentlichen Verkehr geäußert.

Marcel Flitter

Antrag wurde von den Grünen und der KPÖ mitunterstützt und mit einer Gegenstimme der Mobilitätskommission zugewiesen

Grätzelladezone Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Grätzelladezone auf Höhe Gumpendorfer Straße 113 zu prüfen.

Begründung

Anrainerinnen und Anrainer haben darauf hingewiesen, dass die bestehende Grätzelladezone auf Höhe Gumpendorfer Straße 113 – insbesondere an Samstagen – nur in sehr geringem Ausmaß genutzt wird. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Überprüfung der tatsächlichen Auslastung und Zweckmäßigkeit sinnvoll.

Im Zuge der Befassung soll zudem in der Mobilitätskommission der aktuelle Stand der Umsetzung der Grätzelladezonen im gesamten Bezirk Mariahilf diskutiert werden, um gegebenenfalls Anpassungen im Sinne einer effizienten Nutzung des öffentlichen Raums vorzunehmen.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Halteverbot Raimundtheater

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die derzeitige Regelung der Halteverbotszone vor dem Raimundtheater erneut zu prüfen und eine Lösung zu erarbeiten, die einerseits zusätzlichen Parkraum für Anrainerinnen und Anrainer ermöglicht und andererseits weiterhin auf die betrieblichen Erfordernisse des Raimundtheaters Rücksicht nimmt. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob eine Einschränkung des Halteverbots auf die Tage Dienstag bis Samstag zweckmäßig ist.

Begründung

Die ÖVP Mariahilf hat im Dezember 2025 einen Antrag zur Anpassung der Halteverbotsregelung vor dem Raimundtheater eingebracht. Dieser wurde jedoch abschlägig beantwortet. Gleichzeitig berichten Anrainerinnen und Anrainer, dass insbesondere am Montag – einem Tag ohne regulären Spielbetrieb – vor Ort kaum Aktivitäten rund um das Theater erkennbar sind. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die bestehende Regelung nochmals zu evaluieren.

Ziel sollte es sein, eine ausgewogene Lösung zu finden, die sowohl den Bedürfnissen der Anrainerinnen und Anrainer nach zusätzlichem Parkraum Rechnung trägt als auch den Anforderungen des Theaterbetriebs gerecht wird. Eine Behandlung des Themas in der Mobilitätskommission könnte dazu beitragen, gemeinsam mit den zuständigen Stellen eine praktikable und für alle Beteiligten tragfähige Lösung zu erarbeiten.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Aufzuganlage Stiegengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28, MA 34) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, den Betrieb der Aufzuganlage in der Stiegengasse zu gewährleisten.

Begründung

Die Aufzuganlage in der Stiegengasse ist für viele Menschen eine wichtige barrierefreie Verbindung im öffentlichen Raum. Bereits im September 2021 wurde von Seiten der ÖVP Mariahilf in einem Antrag auf wiederkehrende Probleme mit der Anlage hingewiesen. Dennoch kam es auch zuletzt rund um den Jahreswechsel erneut zu mehrtägigen Störungen. Vor Ort wurde zudem von einem Monteur darauf hingewiesen, dass eine Generalsanierung der Anlage erforderlich wäre. Um die verlässliche Nutzbarkeit dieser wichtigen Verbindung sicherzustellen und insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen eine barrierefreie Querung zu gewährleisten, erscheint es daher notwendig, den dauerhaften und störungsfreien Betrieb der Aufzuganlage sicherzustellen.

Marcel Flitter

Antrag wurde von der FPÖ und der KPÖ mitunterstützt und einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Sicherheit Fußgänger/innen Christian-Broda- Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, verkehrsorganisatorische Maßnahmen im Bereich des Christian-Broda-Platzes zu prüfen, um die Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger zu erhöhen.

Begründung

Im Bereich des Übergangs vom Christian-Broda-Platz zur Mariahilfer Straße beziehungsweise Kaiserstraße befinden sich Sitzbänke für Fußgängerinnen und Fußgänger. Nach Rückmeldungen aus der Bevölkerung kommt es dort jedoch immer wieder vor, dass Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Nutzerinnen und Nutzer von E-Scootern den Gehsteig benutzen und mit relativ hoher Geschwindigkeit unmittelbar vor den Sitzbänken vorbeifahren. Dadurch wird offenbar versucht, die Verschwenkung auf der Mariahilfer Straße zu umgehen.

Diese Situation stellt insbesondere für Fußgängerinnen und Fußgänger, die die Sitzgelegenheiten nutzen oder den Bereich queren, eine Gefährdung dar, da auf dem Gehsteig nicht mit schnell fahrenden Fahrrädern oder Scootern gerechnet wird. Eine Prüfung in der Mobilitätskommission erscheint daher sinnvoll, um die Sicherheit in diesem Bereich zu verbessern.

Marcel Flitter

Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Sanierung Blindenleitsystem

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28) zu ersuchen, das beschädigte Blindenleitsystem auf Höhe Gumpendorfer Straße 38 zu überprüfen und gegebenenfalls instand zu setzen.

Begründung

Blindenleitsysteme stellen einen wichtigen Bestandteil der barrierefreien Nutzung des öffentlichen Raums dar und ermöglichen Menschen mit Sehbehinderungen eine sichere Orientierung im Straßenraum. Auf Höhe Gumpendorfer Straße 38 / Stiegengasse 14 ist das dort vorhandene Blindenleitsystem beschädigt, wodurch seine Funktion nur eingeschränkt erfüllt werden kann. Eine zeitnahe Überprüfung und gegebenenfalls Sanierung durch die zuständige Magistratsabteilung erscheinen daher sinnvoll, um die sichere und barrierefreie Nutzung dieses Bereichs wieder vollständig zu gewährleisten.

Veronika Zimmermann



Antrag wurde einstimmig der Planungskommission zugewiesen

Kindergarten Stiegengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 10) im Zusammenwirken mit der Planungskommission zu ersuchen, die Situation des Gartens des Kindergartens in der Stiegengasse zu prüfen und mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Spiel- und Aufenthaltsqualität für die Kinder zu evaluieren. Insbesondere soll geprüft werden, inwieweit eine Neugestaltung beziehungsweise Ergänzung der Spielgeräte sowie zusätzliche Beschattungsmöglichkeiten umgesetzt werden können.

Begründung

Aus der Elternschaft des Kindergartens in der Stiegengasse wurde darauf hingewiesen, dass der Garten der Einrichtung derzeit nur eingeschränkt genutzt werden kann. Eine bereits im vergangenen Jahr in Aussicht gestellte Neugestaltung konnte aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht umgesetzt werden. Zudem bestehen derzeit Einschränkungen bei der Nutzung einzelner Spielgeräte, da ein Klettergerüst aus Sicherheitsgründen nicht mehr verwendet werden darf und für ältere Kinder nur mehr eingeschränkte Spielmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus fehlen im Garten ausreichend schattige Bereiche, was insbesondere in den Sommermonaten für die Kinder eine zusätzliche Belastung darstellt. Da für jüngere Kinder ein Ausweichen auf weiter entfernte öffentliche Spielplätze oft nur eingeschränkt möglich ist, erscheint es sinnvoll zu prüfen, wie die vorhandene Spielfläche im Kindergarten selbst verbessert und langfristig gesichert werden kann.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde von allen Parteien mitunterstützt und einstimmig der Planungskommission zugewiesen

Markthalle Tür

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 59) zu ersuchen, die Türen der Markthalle am Naschmarkt zu prüfen.

Begründung

Die Markthalle am Naschmarkt wird täglich von zahlreichen Besucherinnen und Besuchern frequentiert und stellt damit einen stark frequentierten öffentlichen Ort dar. Vor diesem Hintergrund ist eine sichere Gestaltung der baulichen Infrastruktur von besonderer Bedeutung. Nach Wahrnehmungen vor Ort öffnet sich die Türe der Markthalle in Richtung Kettenbrücke nach innen, obwohl eine „Notausgang-Markierung“ angebracht ist, was insbesondere bei hohem Besucheraufkommen oder in Notfallsituationen sicherheitstechnische Fragen aufwerfen kann. Um mögliche Risiken auszuschließen und zu klären, ob die bestehende Ausführung den geltenden Sicherheits- und Bauvorschriften entspricht, erscheint eine Prüfung der Türsituation im Rahmen des Bauausschusses sinnvoll.

Veronika Zimmermann



Antrag wurde mit einer Gegenstimme angenommen

Anrainerversammlung Jedmayer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteherin Julia Lessacher zu ersuchen, eine Anrainerversammlung für das Grätzel rund um die Drogenberatungseinrichtung Jedmayer durchzuführen.

Begründung

Im Frühjahr 2024 fand aufgrund von Problemen im Umfeld des Betreuungszentrums für obdachlose Menschen der Caritas („Gruft“) eine Anrainerversammlung statt. In diesem Zusammenhang wurde vom damaligen Bezirksvorsteher Markus Rumelhart im September 2024 auch eine vergleichbare Veranstaltung für das Grätzel rund um die Drogenberatungseinrichtung Jedmayer in Aussicht gestellt. Eine solche Versammlung hat jedoch bis heute nicht stattgefunden, obwohl sich die Situation für die Anrainерinnen und Anrainер deutlich verschlechtert hat.

Eine Anrainerversammlung könnte dazu beitragen, aktuelle Entwicklungen transparent zu besprechen und konkrete Anliegen der Bevölkerung aufzunehmen. Dabei wäre es sinnvoll, neben der Bezirksvorsteherung und den einzelnen Fraktionen Vertreterinnen und Vertreter relevanter Einrichtungen und Behörden einzubinden, etwa der Sucht- und Drogenkoordination Wien, der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer, des Fonds Soziales Wien, der Polizei, des Büros für Sofortmaßnahmen, des Fair Play Teams, von SAM Plus, der Magistratsabteilungen 42 und 48, der Wiener Linien sowie des zuständigen Sozialressorts der Stadt Wien. Ein solcher Austausch könnte dazu beitragen, bestehende Probleme strukturiert zu adressieren und gemeinsam Lösungen für das Grätzel zu erarbeiten.

Gerhard Hammerer

Der Antrag war nicht zulässig: BVin Julia Lessacher hat angekündigt, dass die Anrainerversammlung im Frühjahr 2026 im Haus der Begegnung stattfinden wird

Entlastung des Jedmayer-Grätzels

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker zu ersuchen, sich bei der Sucht- und Drogenkoordination dafür einzusetzen, dass ein mittel- bis langfristiges Maßnahmenkonzept zur Entlastung des Jedmayer-Grätzels vorgelegt wird.

Begründung

Am 13. November 2025 stellte Ewald Lochner, Koordinator für Psychiatrie, Sucht und Drogenfragen der Stadt Wien, im Rahmen eines Austausches mit allen Fraktionen in der Bezirksvorstehung Mariahilf in Aussicht, dass bis Ende 2025 beziehungsweise Anfang 2026 ein mittel- bis langfristiges Konzept zur Entlastung des Grätzels rund um die Drogenberatungseinrichtung Jedmayer erarbeitet und vorgelegt werde. Diese Ankündigung bestätigte Lochner wenige Tage später, am 19. November 2025, auch öffentlich in der ORF Reihe „Ein Ort am Wort“.

Bis Mitte März 2026 liegt ein entsprechendes Konzept jedoch weiterhin nicht vor. Angesichts der anhaltenden Herausforderungen im Umfeld der Einrichtung sowie der Erwartungen von Anrainerinnen und Anrainern erscheint es daher sinnvoll, eine zeitnahe Vorlage eines mittel- bis langfristigen Maßnahmenkonzepts anzuregen.

Gerhard Hammerer

Der Antrag war nicht zulässig; die Sucht- und Drogenkoordination Wien GmbH ist eine 100%Tochter des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste in Wien (öffentlich-rechtlicher Fonds nach dem Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz), formal kann daher kein Antrag an StR Hacker adressiert werden

Sicherheits-Jour fixe

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteherin Julia Lessacher zu ersuchen, im Rahmen der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission regelmäßig über die Ergebnisse des Sicherheits-Jour fixe zu berichten.

Begründung

In der Beantwortung eines Antrags der ÖVP Mariahilf durch den zuständigen Stadtrat Peter Hacker wurde ausgeführt, dass zur Situation rund um die Suchthilfeeinrichtungen und den öffentlichen Raum in Wien in regelmäßigen Abständen ein Sicherheits-Jour fixe stattfindet. Dieser Austausch erfolgt laut Angaben der Stadt Wien etwa alle sechs Wochen und dient dazu, aktuelle Entwicklungen zu besprechen sowie Maßnahmen zu koordinieren. An diesem Austausch nehmen laut der Beantwortung u.a. Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, der Sucht- und Drogenkoordination Wien, des Fonds Soziales Wien, der Suchthilfe Wien, der Wiener Gesundheitsförderung, der Wiener Linien sowie zuständiger Magistratsabteilungen teil.

Da davon auszugehen ist, dass auch die Bezirksvorsteherung an diesem Austausch teilnimmt oder zumindest über die Ergebnisse informiert wird, erscheint es sinnvoll, die Bezirksvertretung regelmäßig über die Inhalte dieser Treffen zu informieren. Eine entsprechende Berichterstattung in der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission könnte dazu beitragen, die Transparenz gegenüber den Mitgliedern der Bezirksvertretung zu erhöhen und einen besseren Überblick über laufende Entwicklungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Jedmayer Grätzel zu ermöglichen.

Gerhard Hammerer

Der Antrag war nicht zulässig; BVin Julia Lessacher ist nicht Teil dieses Jour-fixe, kann daher nicht berichten

Sicherheit Jedmayer-Grätzel

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung bedankt sich bei der Wiener Polizei, sozialen Einrichtungen und städtischen Stellen für ihre Arbeit im Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer und spricht sich für zusätzliche Schritte zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum aus.

Begründung

Das Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer steht seit längerer Zeit im Fokus öffentlicher Diskussionen, da Anrainerinnen und Anrainer sowie Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Raums wiederholt über Probleme im Bereich der öffentlichen Ordnung und des Sicherheitsgefühls berichten. Gleichzeitig leisten Polizei, soziale Einrichtungen und städtische Stellen wichtige Arbeit, um die Situation vor Ort zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu prüfen, ob zusätzliche sicherheitspolitische Instrumente zur Unterstützung dieser Arbeit beitragen können.

In Wien werden an verschiedenen Orten bereits unterschiedliche Maßnahmen eingesetzt, um auf lokale Herausforderungen im öffentlichen Raum zu reagieren. Alkoholverbotzonen bestehen etwa am Praterstern und am Franz-Jonas-Platz, während an kriminalitätsbelasteten Plätzen wie dem Reumannplatz oder dem Keplerplatz Videoüberwachung eingesetzt wird. Darüber hinaus wurde etwa am Yppenplatz eine Schutzzone eingerichtet, um insbesondere Kinder und Jugendliche in sensiblen Bereichen besser zu schützen. Eine Prüfung vergleichbarer Ansätze für das Jedmayer Grätzel, insbesondere im Bereich des Fritz-Imhoff-Parks, könnte dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu stärken und das Zusammenleben im Grätzel zu verbessern.

Gerhard Hammerer

Die Resolution war nicht zulässig; laut Magistratsdirektion Recht deutet die Formulierung „spricht sich für zusätzliche Schritte aus“ auf einen Antrag hin (aus Sicht der ÖVP ist diese Resolution klar zulässig)